

# Die politische Zukunft Afghanistans

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **154 (1988)**

Heft 12

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-58657>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

te der **sowjetische Auftrag an Kabul und seine Sicherheitskräfte** wie folgt lauten:

1. **sichert** den Abzug der sowjetischen Truppen und **hält** solange als möglich die Hauptstadt Kabul;

2. sollte die Stellung in Kabul auf die Dauer nicht mehr zu halten sein

und kein allgemein anerkannter Nachfolger für Najibullah gefunden werden können, erfolgt eine **Rückverlegung des Regierungssitzes** in die neugeschaffenen Provinzen, die das Gebiet zwischen Andkhoy und Mazar-e Sharif in Nordafghanistan umfassen;

3. diese letzte Stellung muss **unter allen Umständen gehalten** werden, da durch einen vollständigen Zusammenbruch des Regimes die UdSSR den Zugriff auf die wichtigen Erdgaslager bei Shiberghan verlieren würde.

## 7. Die politische Zukunft Afghanistans

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Kampf um die Macht zwischen dem Widerstand und dem kommunistischen Regime noch in vollem Gange. Nach dem vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan dürften jedoch die Tage des gegenwärtigen Regimes in Kabul gezählt sein. Möglicherweise werden die Sowjets aber schon vor dem endgültigen Zusammenbruch **Najibullah ablösen**. Sowohl hohe pakistanische Beamte wie auch politische Berater des Widerstandes vermuten, dass Najibullah durch den Führer der Khalq-Fraktion **Sayyid Muhammed Gulabzoi**, Generalleutnant, Mitglied des Zentralkomitees der PDPA, Innenminister und damit Chef der Sarandoy, abgelöst werden könnte. Ein Indiz für diese Ablösung ist die Tatsache, dass Najibullah die Aufforderung des ehemaligen Stellvertretenden Generalsekretärs der UNO, Cordovez, zu seinem Rücktritt nicht grundsätzlich verworfen hat.

Von gewissen Kreisen wird als weiterer *möglicher Nachfolger Najibullahs* der Kommandant des Panjshir-Tales, **Ahmad Shah Mahsud**, genannt. Es scheint uns jedoch eine recht gewagte Spekulation zu sein, dass ihn die Sowjets als ihren neuen starken Mann ausgewählt haben sollen und dass sie mit ihm ohne weiteres auskommen könnten. Zutreffend ist, dass *bereits in der Vergangenheit Waffenstillstände* zwischen Mahsud und Kabul abgeschlossen worden sind. Die pakistanische Tageszeitung *«The Muslim»* hat in ihrer Ausgabe vom 28. Juli 1988 den Abschluss eines neuen Waffenstillstandes zwischen Mahsud und den Sowjets verkündet. Obwohl im *«Muslim»* vom 29. Juli 1988 durch einen Bruder Mahsuds der Abschluss eines solchen Waffenstill-

standes sofort dementiert wurde, besteht die Tatsache, dass zwischen Mahsuds Kampftruppen und den abziehenden Sowjets seit Juni 1988 weder Kämpfe im Panjshir-Tal noch auf der Salang-Strasse stattgefunden haben.

Als Tadschike dürfte **Mahsud** an einer Machtübernahme in Kabul durch die paschtunischen «Parteien» von Peshawar nicht interessiert sein. Er würde dadurch stark an Einfluss verlieren und die tadschikische Volksgruppe – die im Gegensatz zu den Paschtunen kaum ausser Landes geflohen ist – um den Erfolg ihres Widerstandskampfes bringen. Es ist daher denkbar, dass er, gestützt auf seine Machtbasis im Norden Afghanistans, mit Zustimmung der Sowjets die **Macht in Kabul übernehmen** könnte. Mit seinen Mujaheddin-Kampfgruppen und Resten der Kabuler Armee könnte er die von ihm geplante neue Armee bilden und sowohl seine Machtstellung behaupten als auch in den nichtpaschtunischen Gebieten für Ruhe und Ordnung sorgen. Es ist auch denkbar, dass er die Führung nur vorübergehend, bis zur Einberufung einer *Loya Jirga* (= grosse Wahlversammlung) ausübt und dann die Macht an einen gewählten Führer abtritt. Angesichts des bisherigen Widerstands von Mahsud gegen die Sowjets und die Kabuler Kommunisten ist es jedoch unwahrscheinlich, dass er auf ein solches Angebot eingeht. Bereits früher haben die Sowjets versucht, Mahsud durch *propagandistische Falschmeldungen und Fotomontagen* zu diskreditieren. So oder so: **in einem neuen Afghanistan wird Mahsud ein Machtfaktor sein**, mit dem sowohl die Sowjets als auch die Pakistani rechnen müssen.

Die **Politik der pakistanischen Regierung** in bezug auf das Afgha-

nistan-Problem und die Unterstützung des Widerstandes ist durch **Widersprüche** bestimmt:

1. Durch den Waffentransfer und die Duldung der Ausbildungslager wie auch der militärischen Beratung ist Pakistan die eigentliche Stütze des Widerstandes. Gleichzeitig wird diese Hilfe sabotiert, indem zum Beispiel Waffenlieferungen nicht immer im notwendigen Umfang zugelassen werden;

2. Damit der Widerstand nach aussen geeint auftritt, hat Pakistan die «Parteien» zur Bildung einer Übergangsregierung unter Ahmed Shah gezwungen. Gleichzeitig diskreditiert sich diese «Regierung» bei den Afghanen selbst durch Aussagen über eine zukünftige Union zwischen Afghanistan und Pakistan.

Diese *widersprüchliche Politik* dürfte durch die **Ziele** der pakistanischen Regierung begründet sein. Pakistan möchte für die Zukunft eine definitive Lösung und **Stabilisierung der Durand-Line** (durch die Engländer festgelegte West-Grenze Pakistans) erreichen. Zu diesem Zweck benötigen die Pakistani eine ihnen wohlgesonnene Regierung in Kabul. Als Verhandlungspartner bieten sich Leute wie Hekmatyar und Sayyaf an, die wegen ihrer *panislamistischen Ideale* nationalistisch-afghanische Ziele hintan stellen. Deshalb erfolgt auch eine bevorzugte Ausrüstung der Kampfgruppen Hekmatyars durch die Pakistani, und deshalb kann Sayyaf auf die grosszügigen finanziellen Zuwendungen der Araber zählen, die über seine islamistische «Partei» den Afghanen ihre wahabitische Richtung des Islam aufzudrängen versuchen.

Diese Politik wird aber nicht konsequent durchgezogen. Anlass dazu

ist die *historisch begründete Angst der Pakistani vor den Afghanen*, die immer wieder aus ihren Gebirgstälern zu Invasionen des Indus-Raumes vorstießen. Die Übergangsregierung wird deshalb nicht so weit gefördert, dass sie selbständig handeln könnte. Sie soll lediglich eine **Satellitenregierung Islamabad in Kabul** sein, was natürlich das Ansehen Ahmed Shahs und seiner Minister in den Augen der Afghanen – soweit sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden – erheblich mindert.

Diese Politik dürfte sich für Pakistan auf die Dauer nicht auszahlen:

1. Sobald Pakistan mit Hilfe der Interimsregierung versuchen sollte, seinen Einfluss auf ganz Afghanistan – und nicht nur auf die Ost-Provinzen – auszudehnen, werden Iran und die Sowjetunion ebenfalls versuchen, ihren Einfluss auf die afghanische Politik auszudehnen, beziehungsweise zu behalten.

2. Eine Satellitenregierung Islamabads in Kabul, die sich ausschliesslich auf die Paschtunen und auf Anhänger islamistisch-religiöser Gruppen stützt, dürfte nicht nur den Widerstand der traditionalistischen «Parteien» herausfordern, sondern auch den der persischsprachigen Bevölkerungsgruppen, die nach zehn Jahren Krieg nicht mehr bereit sind, die alte Vorherrschaft der Paschtunen zu erdulden.

3. Der Krieg in Afghanistan würde unter diesen Umständen seine Fortsetzung als Bürgerkrieg finden, wobei sich diesmal der Widerstand gegen die pakistanische Marionetten-Regierung richten dürfte. Indem sie versuchen, den Afghanen eine Regierung von aussen aufzuzwingen, würden die Pakistani den Fehler der Sowjets wiederholen.

4. Sollte sich diese fast rein paschtunische Übergangsregierung wirklich in Kabul einrichten und halten können, so würde sich über kurz oder lang das seit 1979 aufgebaute gute Verhältnis zwischen den «Parteien» und der pakistanischen Regierung ins Gegenteil kehren. Der Streit um die Durand-Line würde wieder aufflammen und die Unruhen auf das paschtunische Stammesgebiet in Pakistan übergreifen. Diese Stämme sind heute durch Waffenkäufe und -schiebereien schwer bewaffnet und werden sich in den Dienst desjenigen stellen, der sie am besten bezahlt. Die Opposition in den pakistanischen Provinzen Sind und

Baluchistan würde diese Unruhen in den paschtunischen Stammesgebieten für ihre Zwecke ausnützen.

Das pakistanische Aussenministerium scheint diese Gefahren erkannt zu haben. Es hat sich aber bisher gegenüber den Generälen und deren Politik nicht durchsetzen können. Die gegenwärtige politische Entwicklung in Pakistan dürfte aber eine Stärkung der zivilen Behörden zur Folge haben. Andernfalls wären die USA die einzige Macht, die Pakistan zur Änderung seiner Politik zwingen könnten. Offensichtlich sehen aber bis jetzt die USA dem Geschehen *tatenlos und ohne irgend-eine politische Konzeption* zu, nachdem sie ihr Hauptziel, den sowjetischen Rückzug, erreicht haben.

Die Gefahr eines **Zerfalls Afghanistans** nach dem Abzug der sowjetischen Kampftruppen und nach der Beseitigung der kommunistischen Herrschaft würde durch verschiedene bis jetzt noch verdeckte Spannungen verschärft werden:

1. durch den **Konflikt zwischen Paschtunen und persischsprachigen Bevölkerungsteilen** Afghanistans. Dies umso mehr, als heute die Tadschiken die grösste Volksgruppe im Lande bilden, nachdem fast 85 Prozent aller Flüchtlinge Paschtunen sind.

2. durch die seit der Gründung Afghanistans bestehende **Auseinandersetzung zwischen der Zentralmacht und den Regionen und Stämmen**, die immer wieder versucht haben, sich der Führung durch Kabul zu entziehen;

3. durch den **religiösen Konflikt** zwischen der **sunnitischen Mehrheit** und der traditionell unterdrückten **schitischen Minderheit** der Hazara;

4. durch das Wiederaufflammen der Forderung der paschtunischen Stämme nach der Gründung eines **«Gross-Paschtunistans»**, unter Einbezug der pakistanischen Nordwest-Grenzprovinz bis zum Indus;

5. durch den neuen **Konflikt zwischen** dem bis jetzt in Afghanistan herrschenden **gemässigten Islam** und dem durch einzelne «Parteien» vertretenen **militant islamischen Wahabismus**;

6. durch die Auseinandersetzung zwischen den **konservativen** Malleks und Mullahs und einzelnen **progressiven** Kommandanten über die politische Zukunft des Landes.

Die einzige – zumindest aus westlicher Sicht – **vernünftige Alternative** für eine Lösung des Afghanistan-Problems ist der Vorschlag des **UNO-Vermittlers Cordovez**. Er basiert auf der klaren Erkenntnis, dass das kommunistische Regime in Kabul auf jeden Fall beseitigt werden muss, soll in Afghanistan wieder Frieden möglich werden. Die Ausführung dieses **Friedensplanes** sieht fünf Schritte vor:

1. **Rücktritt von Najibullah** und seiner kommunistischen Regierung;

2. **Ausrufung eines Waffenstillstandes**;

3. **Bildung einer nationalen Übergangsregierung**. Als Mitglieder dieser Regierung kämen nur Persönlichkeiten in Frage, deren Unabhängigkeit allgemein anerkannt ist. So werden zum Beispiel aus traditionalistischen Kreisen Persönlichkeiten, wie der ehemalige König Zahir Shah, der ehemalige Ministerpräsident Dr. Yussuf und andere ehemalige Minister genannt. Die 30 weisen Mitglieder der Übergangsregierung müssten von vornherein auf einen Sitz in der zukünftigen definitiven Regierung verzichten;

4. **Einberufung einer Loya Jirga** (= grosse Wahlversammlung) durch die Übergangsregierung bis zum 1. März 1989;

5. Einsetzung einer breit abgestützten **Regierung** durch die Loya Jirga bis zum 15. März 1989. Diese Regierung wäre für die Erarbeitung einer neuen Verfassung und für die Durchführung allgemeiner Wahlen verantwortlich.

Vor allem die *islamistisch-religiösen «Parteien»*, aber auch pakistanische Stellen **kritisieren** diesen Vorschlag als undurchführbar – und zwar aus folgenden Gründen:

– Noch nie habe ein aussenstehender Vermittler, der über keine entsprechenden Machtmittel verfügt, eine Regierung zum Rücktritt zwingen können.

– Ein Waffenstillstand könne angesichts der Situation in Afghanistan, insbesondere während der noch andauernden Besetzung durch sowjetische Truppen, nicht durchgesetzt werden.

– Die traditionelle afghanische Gesellschaft sei durch den Krieg so weitgehend zerstört worden, dass eine repräsentative Loya Jirga nicht einberufen werden könne. Anstelle

einer Loya Jirga müssten allgemeine Wahlen durchgeführt werden.

— Die Kommandanten würden sich einer provisorischen Übergangsregierung der 30 Weisen nicht unterordnen.

Dieser Kritik wird vor allem durch Vertreter der *Traditionalisten* entgegen, dass viele Kommandanten sehr wohl eine solche provisorische Regierung akzeptieren würden und dass *der einzige heute praktisch gangbare Weg zum Frieden in Afghanistan über die traditionelle Loya Jirga* führe — über deren Zusammensetzung selbstverständlich zu diskutieren sei.

Das Hauptproblem des **Cordovez-Planes** ist seine praktische Umsetzung. Da er aber die einzige Alternative zum Chaos darstellt, müssen die notwendigen Schritte hierzu ergriffen werden. Dies liegt auch im Interesse des Westens.

**Dank dem seit 1979 dauernden afghanischen Widerstand ist die sowjetische Expansion gestoppt, wenn nicht sogar zurückgedämmt worden. Die Rote Armee hat eine militärische Niederlage erlitten.**

Bereits lassen sich Auswirkungen des sowjetischen Rückzuges aus Afghanistan in Osteuropa erkennen. Es ist ohne weiteres denkbar, dass aufgrund dieses Rückzuges und der prekären wirtschaftlichen Situation der UdSSR die sowjetische Führung auch Divisionen aus ihrem osteuropäischen Vorfeld abzieht und dadurch nicht nur einen *Beitrag zur Entspannung* leistet, sondern sich vor allem auch die *politische Unterdrückung der osteuropäischen Völker mindert*. Eine solche Entwicklung könnte zu einer besseren, friedlicheren Welt führen. Der so lange schon herbeigesehnte Frieden könnte vielleicht bald Wirklichkeit werden.



Karikatur der «Internal Islamic Front of Afghanistan» über den sowjetischen Abzug

Das Geschehen in Afghanistan hat die Welt aufgerüttelt und sie das erkennen lassen, was der Militär-Historiker **Homer Lea** um 1912 in seinem Buch «*The Day of the Saxon*» beschrieben hat:

*In der Entwicklung des russischen Empires beobachten wir mehr als irgendwo jene Kennzeichen, die das unmerklich langsame Wachstum der Natur ausmachen. Die Expansion Russlands erfolgt mit elementarer Gleichmässigkeit. Wie ein Gletscher ist diese Bewegung nur erkennbar über längere Zeitabschnitte. Und so unmerklich ist ihr schrecklich unaufhaltsames Vorwärtswälzen, dass wir das Vorrücken nicht gewahr werden, bevor es nicht über einen bestimmten Punkt hinausgegangen ist. Was dieser Gletscher nicht zermalmt, das entwurzelt er. Was er nicht entwurzelt, das schiebt er vor sich her, bis es von einer kleinen oder grossen Gletscherspalte auf seinem Weg verschlungen wird.*

In Afghanistan, in den **Weihnachtsfeiertagen 1979**, wurde

dieser bestimmte Punkt überschritten. In den inzwischen vergangenen neun Jahren hat dieser Gletscher die halbe Bevölkerung dieses Landes entwurzelt und vor sich her geschoben. Aber der afghanische Widerstand hat entgegen allen anfänglichen Prognosen diesem Ansturm standgehalten und aller Welt gezeigt, dass **auch ein Gletscher eines Tages an seine Grenzen stösst**. Auch dies hat Homer Lea bereits 1912 vorhergesehen:

*... (Es gibt in der Welt gewisse Örtlichkeiten), die für die Menschheit eine merkwürdige und folgenschwere Bedeutung haben insofern, als sie den Eroberungen der Menschheit Richtung geben. In solchen Gegenden sind Siege entscheidend, während Niederlagen nationalen Ruin bedeuten. Solche Orte sind die Tore, durch die Nationen kommen und gehen; manchmal Triumphbogen, manchmal aber jene engen Ausgänge, durch die Nationen wie Individuen für immer verschwinden.*

**Herat ist ein solcher Ort; Kabul ein anderer!**

*In der ganzen Welt gibt es nicht zwei Orte, die ihnen an Wichtigkeit gleichkommen.*

(Zitiert nach: Homer LEA: Vergessene weltpolitische Einsichten. Zürich, HeCHT-Verlag, 1980)

Die freie Welt verdankt dem erfolgreichen Widerstand der Afghanen und den unermesslichen Opfern, die dieses tapfere Volk erbracht hat, sehr viel. Es ist deshalb nicht mehr als recht und billig, dass der Westen nun auch seinerseits die *notwendige Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung des Friedens in Afghanistan* leistet. Die Sowjets müssen sich bedingungslos und mit sämtlichen Beratern aus Afghanistan zurückziehen. Erst der politisch gesicherte und durch keine aussenstehende Macht gefährdete Friede schafft die Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Landes.

## 8. Der Wiederaufbau Afghanistans

Afghanistan hat durch den Krieg immense Zerstörungen an der Infrastruktur und der Wirtschaft erlitten. Mindestens 1,2 Millionen Tote sind zu beklagen. Von den 1979 geschätzten 15 Millionen Einwohnern sind 5,5 Millionen ins Ausland geflüchtet, vor allem nach Pakistan und in den Iran, aber auch nach Indien und in den Westen. Innerhalb Afgha-

nistans dürften weitere zwei Millionen Menschen als Folge der Kriegszerstörungen ihre Häuser und Dörfer verlassen haben und entweder in der von Luftangriffen verschonten Hauptstadt Kabul oder in den Bergen Zuflucht gesucht haben.

Umfangreiche Erhebungen des Schwedischen Afghanistan-Komitees und Verantwortlicher anderer

humanitärer Hilfsorganisationen sprechen von der **«50%-Klausel»:**

- 50% der Bevölkerung befinden sich auf der Flucht;
- 50% aller Gebäude sind zerstört;
- 50% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche wurden zerstört;